

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Fabian Falter

Angriff auf Präsidentenpalast

Am 25. Juni ist es in Kabuls Regierungsviertel, in dem Präsidentenpalast, Innenministerium, CIA-Büro und ISAF-Gebäude in unmittelbarer Nähe liegen, zu mehreren Explosionen und Gefechten gekommen. Über Opferzahlen, Angreifer und tatsächlich angegriffene Gebäude gab es unterschiedliche Angaben. Einer von mehreren Taliban-Sprechern, Sabihullah Mudschahid, habe in einer Nachricht an Journalisten die Verantwortung für den Angriff übernommen. Anfang Juni waren bereits der Oberste Gerichtshof in Kabul und der Internationale Flughafen angegriffen worden.

Beitritt zum Kyoto-Protokoll

Afghanistan hat Ende Juni offiziell das Kyoto-Protokoll unterzeichnet und hofft nun auf mehr Unterstützung für Klimaschutz-Programme. Das Land ist immer wieder von Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen betroffen, die durch die Folgen des jahrzehntelangen Krieges, wachsende Industrialisierung und von Industrieabfällen aus den Nachbarländern verstärkt werden. In der Hauptstadt Kabul liegt die durchschnittliche Feinstaubbelastung weit höher als in Peking. Afghanistan erhält nun Unterstützung zur Nutzung erneuerbarer Energien und der Weiterentwicklung des Versorgungsnetzes. Emissions-Ziele wurden zunächst keine auferlegt.

100 Millionen US-Dollar für medizinische Versorgung

Die Weltbank hat Anfang Mai 100 Millionen US-Dollar für den Ausbau des grundlegenden medizinischen Versorgungsnetzes, Krankenhäuser und die Ausbildung von (vor allem weiblichen) Fachkräften bewilligt. Diese sollen dem staatlichen Programm *System Enhancement Health Action in Transition* (SEHAT) zukommen.

Taliban-Büro in Doha eröffnet

Mitte Juni ist in Doha (Katar) nach langen Verhandlungen das Verbindungsbüro der Taliban eröffnet worden – live von *Al Jazeera* übertragen. Laut Beobachtern dient die Eröffnung des Büros den USA dazu, einen eindeutigen Ansprechpartner zu haben, schwächt die Position von Präsident Karzai und gilt

als ein Erfolg der Taliban in Hinblick auf die Situation nach 2014. Dabei repräsentiert das Büro nur einen Teil „der Taliban“, deren Führung in Quetta (Pakistan) vermutet wird. Es bleibt abzuwarten, wie andere Gruppierungen darauf reagieren werden. Zu konkreten Gesprächen zwischen Taliban, afghanischer Regierung und den USA ist es bislang noch nicht gekommen.

Ausschreitungen im Süden

In der Provinz Kandahar ist Anfang Mai eine Demonstration eskaliert. Dies führte zur Zerstörung eines Bazars, einem Hubschrauber-Absturz und der Lahmlegung des Telekommunikationsnetzes. Wie es dazu kam, warum eigentlich demonstriert wurde und wer für die Eskalation verantwortlich war, blieb unklar oder wurde widersprüchlich berichtet. Nach Angaben der Behörden sei eine friedliche und regierungstreue Demonstration von bewaffneten Aufständischen infiltriert worden.

Deutsch-afghanischer Rohstoffdialog

Afghanistan werden reiche Rohstoffreserven nachgesagt, auch wenn man vielerorts gar nicht weiß, wo sie genau liegen sollen, oder wie man sie abbauen könnte – manches Kartenmaterial geht angeblich gar auf Forschungen im 19. Jahrhundert zurück. Doch im allgemeinen Hype möchte nun auch die Bundesregierung nicht nachstehen. Anfang Juli wurde daher zum ersten deutsch-afghanischen Rohstoffdialog nach Berlin geladen. Wahidullah Schahrani, Minister für Bergbau, Öl und Gas warb für Investitionen. Gleichzeitig wird im afghanischen Parlament immer noch ein mehrmals überarbeiteter Gesetzentwurf diskutiert, der die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Rohstoff-Abbau regeln soll. Umweltschutzverbände, zivilgesellschaftliche Organisationen und Forscher warnen derweil vor den Folgen durch Umweltzerstörung, Korruption und den Verkauf der Abbaurechte zu Ramsch-Preisen (siehe Artikel in diesem Heft).

Bundeswehr-Rückzug

Die Bundeswehr hat Mitte Juni ihren Außenposten *Observation Post North* an einem Verkehrsknotenpunkt westlich von Kunduz (Provinz Baghlan) geräumt. Der

Posten wurde vor drei Jahren eingerichtet und galt als der gefährlichste der Bundeswehr. Zuletzt waren dort etwa 200 Deutsche stationiert, die nun von etwa 250 afghanischen Soldaten ersetzt wurden. Mit der Errichtung des *OP North* war seinerzeit die Debatte um den „Kampfeinsatz“ der Bundeswehr und ihr Mandat verbunden gewesen.

Deutsches Generalkonsulat eröffnet

Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat auf seiner Afghanistan- und Pakistan-Reise Anfang Juni das neue Generalkonsulat in Mazar-i-Sharif eröffnet. Das einzige ausländische Konsulat in der nordafghanischen Stadt diene als ein Zeichen, dass Deutschland an einer „dauerhaften und nachhaltigen“ Kooperation interessiert sei. Wenige Tage später traf auch Verteidigungsminister de Maizière zu seinem zwölften Truppenbesuch in Afghanistan ein und sorgte mit der Äußerung „Afghanistan wird nie ein sicheres Land“ für Aufsehen.

Streit um Abzug

Dass der Abzug der internationalen Truppen eine große logistische Herausforderung und ein lukratives Geschäft ist, dürfte seit dem Abzugsbeschluss bekannt sein. Um die Vorgehensweise gibt es nun immer wieder Streit. Das Verteidigungsministerium hat mehrere Alternativen getestet und favorisiert nun den Lufttransport nach Trabzon (Türkei) mit anschließender Verschiffung nach Deutschland, während Waffen direkt per Flugzeug transportiert werden sollen. Allerdings reichen dafür die bestehenden Verträge mit den Betreibern der Frachtmaschinen nicht und müssen nachgebessert werden – für circa 150 Millionen Euro. Das Verteidigungsministerium hat darüber den Haushaltsausschuss, der eigentlich alle Verträge über 25 Millionen Euro absegnen muss, in Kenntnis gesetzt. Aufgrund der Eile sei eine Zustimmung nicht von Nöten. Die Opposition ist erbost und spricht von einer Umgehung des Parlaments. Auch bei der Vergabe für die Verschiffung aus der Türkei habe es Unregelmäßigkeiten gegeben.

Britisches „Mini-Guantanamo“?

Ende Mai sorgte eine Kanzlei um den Anwalt Phil Shiner in Großbritannien für einen Skandal. Shiner vertritt inzwischen acht Afghanen, die im britischen Stützpunkt *Camp Bastion* (Provinz Helmand) ohne Anklage oder Zugang zu Anwälten inhaftiert seien. Insgesamt seien es noch weit mehr. Der britische Verteidigungsminister

Phil Hammond gab zu, dass dort Afghanen inhaftiert seien und zwar mehr, als die Kapazitäten hergäben. Dies sei aber dem Parlament bekannt, anders als von Shiner behauptet. Das Ministerium versucht nun, sich aus dieser schwierigen Lage zu befreien, indem die Gefangenen den afghanischen Behörden übergeben werden sollen. Anfang Juli gab das Ministerium zudem einen Bericht heraus, der besagt, dass im Jahr 2012 vierzig britische Soldaten im Kampfeinsatz in Afghanistan starben, während im gleichen Zeitraum etwa fünfzig Veteranen und aktive Soldaten Selbstmord begingen.

Afghanisch-indische Filmproduktion

Afghanistan ist ab und an Thema in Indiens Mainstream-Filmindustrie Bollywood – beispielsweise die Filme *Khuda Gawah* (*Khuda/Allah ist Zeuge*, 1992) mit Amitabh Bachchan oder *Kabul Express* (2006) mit John Abraham. Zum ersten Mal seit 1947 gibt es nun wieder eine afghanisch-indische Koproduktion: *A Man's Desire for Fifth Wife*. Der Film in Dari wurde ausschließlich in Afghanistan gedreht, und die Crew besteht überwiegend aus afghanischen Schauspielern und indischen Technikern sowie dem bekannten Komponisten Ravindra Jain. Die 90-Minuten Produktion handelt von der Suche eines Mannes nach einer fünften Frau, obwohl er eigentlich nur vier Mal heiraten dürfte, und beleuchtet Traditionen genauso wie Gewalt gegen Frauen im heutigen Afghanistan. Am 29. August wird der Film in Delhi im Beisein von Indiens Außenminister Salman Khurshid und mehreren afghanischen Ministern Premiere feiern.

Wahlgesetze unterzeichnet

Zwei Gesetze zur Vorbereitung der für April nächsten Jahres angesetzten Wahlen sind Mitte Juli vom Parlament verabschiedet und von Präsident Karzai unterzeichnet worden. Damit wurden Bedenken, Karzai könnte die Wahlen heraus zögern, zunächst zerstreut worden. Der amtierende Präsident darf nach seiner zweiten Amtszeit nicht mehr kandidieren. Ende Mai hat zudem die Registrierung der Wahlberechtigten begonnen.

Silk Road Festival

Anfang Juli fand in Bamiyan (nordwestlich von Kabul) das fünfte *Silk Road Festival* statt – nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen amerikanischen Event, der im Oktober in Houston stattfinden wird. Das Festival bietet mit dem Nationalsport *buzkashi*, Tauziehwett-

bewerben, Pferderennen, einem *poetry slam* und Konzerten (etwa von Sajid Hussain Jannaty, dem Gewinner der Casting-Show *Afghan Star*) den Menschen einen Kontrast zum Alltag in einer heutzutage eher abgelegenen Region, die zu Zeiten des Karawanen-Handels florierte.

Wohin amerikanische Steuergelder fließen

Das US-Militär hat in der Provinz Helmand ein 64.000 Quadratfuß großes und 34 Millionen US-Dollar teures Quartier der Luftwaffe fertiggestellt – nun steht es leer und wird nicht gebraucht. Der Bau wurde 2010 in Auftrag gegeben und trotz Zweifeln am Bedarf Ende Juni fertiggestellt. Da das US-Militär bereits mit dem Abzug begonnen hat, stehen nun zwei Optionen im Raum: Abriss oder Übergabe an afghanische Behörden. Letzteres wird dadurch erschwert, dass das Gebäude für Bedürfnisse amerikanischer Soldaten gebaut wurde: zum Beispiel mit einem Stromsystem, dessen Voltzahl nur für amerikanische, aber nicht für afghanische Geräte geeignet ist. Veröffentlicht wurde das Missmanagement von John Sopko, dem amerikanischen *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction* (SIGAR). Anfang August veröffentlichte Sopko auch einen Bericht über die Vergabe von millionenschweren Aufträgen an Firmen, die den Aufständischen nahe stünden. Demnach seien in den letzten fünf Jahren Aufträge im Wert von insgesamt etwa 150 Millionen US-Dollar an mindestens 43 Firmen im Baugewerbe, der Logistik, dem Straßenbau oder im IT-Bereich vergeben worden, die bekanntermaßen die Taliban oder andere aufständische Gruppen unterstützen würden.

Freilassungen in Bagram

Das Gefängnis im US-Stützpunkt Bagram (Provinz Parwan) hatte immer wieder wegen schlechter Bedingungen, Misshandlungen oder fehlenden Anklagen für Furore gesorgt. Ende 2012 war es an die afghanischen Behörden übergeben worden, die inzwischen über 2000 Gefangene frei gelassen haben.

Australische Werbung warnt Hazara

Eine von der australischen Regierung bezahlte Werbung läuft derzeit im afghanischen Fernsehen und soll Afghanen, vor allem aus der Ethnie der Hazara, von einer Flucht nach Australien abhalten. Darin erzählt ein Hazara-Schauspieler die Geschichte eines Mannes, der zwar die Flucht per Boot nach Australien überlebte, dann jedoch mehrere Jahre in einem

Flüchtlingscamp festsaß, bis er schließlich abgeschoben wurde und nun völlig verschuldet in Afghanistan lebt. Australien gilt trotz verschärfter Gesetze immer noch als ein Wunschziel für asiatische Flüchtlinge, nicht nur Hazara. Viele der afghanischen Flüchtlinge in den Camps oder von denjenigen, die die Überfahrt nicht überlebten, sollen Hazara sein. Menschenrechtsaktivisten bezweifeln jedoch, dass die Werbung ihr Ziel erreichen kann.

Angriff auf Rotes Kreuz

In Jalalabad ist Ende Mai zum ersten Mal seit Beginn der Arbeit des Roten Kreuzes in Afghanistan vor 26 Jahren ein Angriff auf ein Zentrum der Organisation verübt worden, bei dem ein afghanischer Wächter getötet wurde. Ein Taliban-Sprecher distanzierte sich von dem Angriff auf die Organisation, die in dem Land aufgrund ihrer Arbeit hoch geachtet ist. Wenige Tage später versammelten sich hunderte Zivilisten und vom Roten Kreuz behandelte Menschen vor dem Gebäude, um gegen den Angriff zu protestieren.

Investition in die Jugend

Anfang Juli wurden erste Details der neuen *Afghan National Youth Policy* (ANYP) bekannt, die Afghanistans Bevölkerungsmehrheit nach 2014 unterstützen soll. Knapp 70 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahren. Deshalb will die Regierung nun verstärkt mit einheimischen Nicht-Regierungsorganisationen kooperieren, um beispielsweise den Zugang zu Bildung oder medizinischer Versorgung zu verbessern oder die Armut zu reduzieren.

Angriff auf Indisches Konsulat

Ende Juli und Anfang August ist es in ganz Afghanistan zu mehreren größeren Angriffen und Gefechten gekommen. Ende Juli wurden bei einer Aktion afghanischer Streitkräfte zusammen mit einem NATO-Luftschlag nach Behördenangaben über 40 – angeblich überwiegend pakistanische – Aufständische getötet. Wenige Tage später wurden fünf Bundeswehrsoldaten bei einem Gefecht nahe Kunduz verletzt. Für besondere Aufmerksamkeit sorgte am 3. August der Angriff auf das Indische Konsulat in der ostafghanischen Stadt Jalalabad. Drei Attentäter waren an einem Kontrollposten kurz vor dem Konsulat aufgehalten worden, konnten jedoch noch ihre Autobombe zünden. Bei dem Angriff wurden 12 Menschen getötet – darunter acht Kinder in einer Moschee – sowie etwa 20 verletzt.